

Dezernent Schmitz betonte zunächst, dass es die Sozial- und Gesundheitsplanung ohne den Ausschuss in dieser Form nicht geben würde. Schon im Jahr 2016 seien vorbereitende Aufgaben eingeleitet, entsprechende Beschlüsse gefasst und Arbeitsgruppen eingerichtet worden. In der Vorlage werde daher auch ein wenig die Historie, was bisher erreicht wurde und wer daran mitgewirkt habe dargestellt. Im Rahmen der Sozial- und Gesundheitsplanung sei man auch an die Fachstelle für Armutsbekämpfung herangetreten, die die Verwaltung in den letzten Jahren unterstützt habe. Die Fachstelle sei aufgrund einer Gesetzesänderung in Nordrhein-Westfalen nun in einer Beratungsstelle des Landes aufgegangen. Es bestehe aber dennoch weiterhin Kontakt, um deren Möglichkeiten weiter nutzen zu können.

Hiernach stellte Dezernent Schmitz Frau Lübbert als Projektverantwortliche vor. Sie habe die Gesamtkoordination übernommen. Eine Besonderheit der Sozial- und Gesundheitsplanung sei, dass hier erstmalig in der Kreisverwaltung ein ämterübergreifendes Projektmanagement zwischen dem Sozialamt und dem Gesundheitsamt aufgebaut worden sei. Weiter stellte er die im Sitzungsraum anwesende Frau Rafalski als Projektmitarbeiterin und den ebenfalls anwesenden Herrn Lehmann-Diebold als weiteren Projektkoordinator vor.

Im Gegensatz zur der Vorlage, die der Einladung beigelegt war und die die Entwicklung der Sozial- und Gesundheitsplanung beleuchte, zeige die Tischvorlage auf, was nun verwaltungsintern aufgebaut worden sei. Dies entspreche dem, was den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in der letzten Woche vorgelegt wurde. Es gehe hier um die Vorgehensweise auf der Verwaltungsseite.

Das Land Nordrhein-Westfalen habe im Rahmen des Förderprogramms „Daten für Taten“ für zwei Jahre eine Projektfinanzierung zur Verfügung gestellt. Die Zielsetzung der Planung orientiere sich an dem was bereits erarbeitet worden sei und an den Zielsetzungen die das Land vorgebe.

Hauptziel der Sozial- und Gesundheitsplanung sei die Erarbeitung eines gemeinsamen Sozial- und Gesundheitsmonitorings mit wirkungsorientierten Indikatoren. Letztere sollten zu einem späteren Zeitpunkt konkretisiert und vorgestellt werden. Ein zweites Ziel sei die Erarbeitung von Planungs- und Steuerungsprozessen in der Kreisverwaltung. Drittens schließlich sollten die Städte und Gemeinden bei der Entwicklung und Umsetzung von lokalen Handlungsstrategien in den Quartieren mit besonderem Aufmerksamkeitsbedarf unterstützt werden.

Weiter seien in der Tischvorlage die weiteren Schritte dargestellt. Ein wichtiger Punkt für den Erfolg der Planung sei die Beteiligung der Kommunen. Dezernent Schmitz betonte, dass die Verwaltung mit den 19 Städten und Gemeinden interaktiv zusammenarbeiten wolle, da man in die Sozialräume eindringen wolle. Und diese Sozialräume bestimmten nicht der Rhein-Sieg-Kreis, denn dies falle in die Handlungshoheit der Kommunen.

Darüber hinaus sei in der Vorlage die Beteiligung der Politik und der Wohlfahrtsverbände angesprochen. Wie die Beteiligung der Politik und der Wohlfahrtsverbände aussehen könne, stehe noch nicht fest. Spätesten im November, wenn die Lenkungsgruppe bereits einiges habe umsetzen können, solle wieder berichtet werden. Dann solle auch die weitere Vorgehensweise bezüglich der Beteiligung von Politik und Wohlfahrtsverbänden Thema werden.

Abg. Leitterstorf verwies auf die Vorlage, in der stehe, dass es vier Projektverantwortliche gebe, während hier aber nur die drei Anwesenden von Dezernent Schmitz genannt worden seien. Sie interessierte, wer denn die Vierte Person sei, worauf Dezernent Schmitz antwortete, dass es sich hierbei um Herrn Caspar, den Controller im Sozialamt handele.

Abg. Eichner zeigte sich erfreut darüber, dass nun nach den Jahren endlich die Zielvorstellung des Ausschusses, eine Sozialplanung im Rhein-Sieg-Kreis zu erstellen, umgesetzt werden könne. Mit der Tischvorlage habe man sich noch nicht auseinandersetzen können. Gegebenenfalls werde seine Fraktion auf die Projektmitarbeiterinnen und Projektmitarbeiter mit der Bitte zu kommen und bitten, im Rahmen einer Fraktionssitzung weitere Informationen zu geben. Abschließend dankte er der Verwaltung und wünschte dem Projektteam viel Erfolg bei der Umsetzung.

Abg. Deussen-Dopstadt teilte die Freude der SPD-Fraktion über den Beginn des Projektes. Sie ging, die Ausführungen von Dezernent Schmitz aufgreifend, auf die Beteiligung der Politik und der Wohlfahrtsverbände ein. Sie fragte sich, wo der Stellenwert von Politik und Wohlfahrtsverbänden in der Erstellung der Sozial- und Gesundheitsplanung sei. Dabei teilte sie die Einschätzung von Dezernent Schmitz, dass die Politik bei der Erhebung von Daten und den Vorarbeiten keinen Stellenwert habe. Spätestens dann aber, wenn es um die Entscheidung gehe, welche Daten zu welchem Zweck erhoben und welche Handlungsoptionen die Daten lieferten sei eine Beteiligung der Kommunen, der Politik und der Wohlfahrtsverbände, wie es auch der Ursprungsantrag vorgesehen habe, unbedingt notwendig. An diesem Punkt sollte verbindlich vereinbart werden, dass Politik an den Weichen innerhalb der weiteren Entwicklung ihren Raum habe.

Abschließend wünschte die Vorsitzende dem Projektteam alles Gute und gutes Gelingen bei der Umsetzung.